

Geschäftszeichen: **2/10**

B E S C H L U S S

In dem Schiedsgerichtsverfahren

wegen der dem Kläger am 07.04.2010 per Mail eröffneten Landesvorstandsentscheidung zu seinem Beitragsermäßigungsantrag

hat das Landesschiedsgericht des Landesverbandes Thüringen der Piratenpartei Thüringen durch den Vorsitzenden Richter Martin Herrmann und die Richter Axel Anders und Christian Benad am 10.06.2010 für Recht erkannt:

Die Beschwerde des Klägers vom 11.05.2010 abzuweisen.

GRÜNDE:

Der Kläger hatte am 16.04.2010 Klage wegen der dem Kläger am 07.04.2010 per Mail eröffneten Landesvorstandsentscheidung zu seinem Beitragsermäßigungsantrag vor dem Landesschiedsgericht des Landesverbands Thüringen der Piratenpartei Deutschland eingereicht.

Mit Beschluss vom 11.05.2010 hatte das Landesschiedsgericht des Landesverbands Thüringen der Piratenpartei Deutschland sich als nicht zuständig erklärt. Entsprechend der Bundessatzung der Piratenpartei Deutschland, Abschnitt B §2 (3) unterliegen alle Anträge auf Minderung des Mitgliedsbeitrages ausschließlich der Entscheidungsgewalt des Bundesvorstandes. Nach der Bundessatzung der Piratenpartei Deutschland, Abschnitt C §3 (1) ist generell das Gericht der höheren Ordnung zuständig.

Mit Schreiben vom 11.05.2010 hat der Kläger sofortige Beschwerde gegen den Beschluss des Landesschiedsgerichtes vom 11.05.2010 eingelegt. Der Kläger begründet seine sofortige Beschwerde mit den von ihm zum Verfahren wegen einstweiliger Aberkennung der Mitgliedsrechte eingereichten Befangenheitsprüfungsanträgen vom 17.01., 18.01. und 19.01.2010 gegen alle drei Richter des Landesschiedsgerichtes des Landesverbands Thüringen der Piratenpartei Deutschland. Nach Ansicht des Klägers wäre das Landesschiedsgericht des Landesverbands Thüringen der Piraten-

partei Deutschland handlungsunfähig, bis über die vorliegenden Befangenheitsprüfungsanträge entschieden würde.

Handlungsunfähig ist nach den Regelungen der Bundessatzung der Piratenpartei Deutschland, Abschnitt C §2 (4) nur dann ein Schiedsgericht, wenn es nicht mindestens aus drei Richtern besteht. Ein Handlungsunfähiges Gericht muss den Fall an das nächsthöhere Gericht verweisen.

Nach der Schiedsgerichtsordnung der Piratenpartei Deutschland hat der Kläger gemäß §5 (1) das Recht, einen Richter zu Beginn des Verfahrens aus Gründen der Befangenheit abzulehnen.

Dem Gericht liegen im Verfahren zur Landesvorstandsentscheidung zum Beitragsermäßigungsantrag des Klägers keine Befangenheitsprüfungsanträge gegen einzelne Richter des Landesschiedsgerichtes vor. Die vom Kläger eingereichten Befangenheitsprüfungsanträge zu seiner Klage wegen einstweiliger Aberkennung der Mitgliedsrechte vom 16.01. haben keine rechtliche Bindung auf andere Verfahren des Klägers vor den Landesschiedsgericht Thüringen.

Rechtsmittelbelehrung:

Der Beschluss ist unanfechtbar.